

Inhalt:

Kinder erwünscht!

Mit beitragsfreien Kindergärten, massiven Investitionen im Schulbereich und kostenlosen PC für sozialhilfeberechtigte Kinder werben die Grünen verstärkt um junge Familien. Sie wollen 33,3 Millionen Euro zusätzlich für eine bessere Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen ausgeben. [... zum Artikel](#)

Global denken, lokal handeln

Die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat die rot-grüne Koalition in Berlin erheblich ins Schleudern gebracht. Der grüne Grundsatz der Gewaltfreiheit wurde hart auf die Probe gestellt. [... zum Artikel](#)

Der schiefe Turm von PISA

Jetzt haben es alle schon immer gewusst: Deutsche Schülerinnen und Schüler lernen in der Schule nichts Vernünftiges. Im internationalen Vergleich in Mathe und Naturwissenschaften Vier minus, im Lesen sogar eine glatte Sechs. PISA heißt die Studie im Auftrag der OECD, die Schulleistungen 15-jähriger in 32 Industrieländern untersuchte. [... zum Artikel](#)

Bremerhaven – Umschlagplatz für Atommüll

Bremerhaven dient seit kurzem wieder als Umschlagplatz für Plutonium-Transporte. Bereits viermal in diesem Jahr wurde der strahlende Abfall aus Schottland verschifft. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Personalien](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Kinder erwünscht!

Mit beitragsfreien Kindergärten, massiven Investitionen im Schulbereich und kostenlosen PC für sozialhilfeberechtigte Kinder werben die Grünen verstärkt um junge Familien. Sie wollen 33,3 Millionen Euro zusätzlich für eine bessere Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen ausgeben.

Kindergärten bilden die Basis des Bildungssystems«, sagt die jugendpolitische Sprecherin Anja Stahmann (MdBB). Der kostenlose Besuch von Schule und Kindergarten ist für die Grünen eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass alle Kinder – unabhängig von Herkunft und Geschlecht – die Chance auf einen möglichst hohen Bildungsstand erhalten. Dafür sollen 3,7 Millionen Euro bereit gestellt werden, »eine vergleichsweise geringe Belastung für den Bremer Haushalt, aber eine große finanzielle Erleichterung für viele Familien«, findet Anja Stahmann. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen, wollen die Grünen das Kindergartenangebot erweitern und die Betreuungszeit auf sechs Stunden täglich inklusive Mittagessen ausdehnen. Dafür müssten zusätzlich 5,3 Millionen Euro in 2002/2003 eingeplant werden.

Damit auch Kinder aus Sozialhilfefamilien eigene PC nutzen können, wollen die Grünen als Einstieg 1,8 Millionen Euro investieren. »So wichtig das Programm 'Schulen ans Netz' ist und so positiv die web-points in den Stadtteilen von uns bewertet werden – sie reichen nicht aus, um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern«, erklärt die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert.

Mit einem umfangreichen Programm gegen Lehrermangel wollen die Grünen dem drohenden Bildungsnotstand an Bremer Schulen begegnen. Bis 2005 geht ein Viertel des Lehrpersonals in Rente – für Dieter Mützelburg, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, eine besorgniserregende Aussicht. »Das ist nur mit Neueinstellungen in großem Stil aufzufangen. Außerdem sollen 25 Prozent mehr Referendare ausgebildet und besser bezahlt werden.« Insgesamt sind dafür im grünen Haushaltsbeschluss 5,7 Millionen Euro vorgesehen. Weitere 11 Millionen sollen in die Verbesserung der Verlässlichen Grundschule fließen. Mehr Betreuungspersonal, verstärkter Förderunterricht für Kinder von MigrantInnen und erweiterter Fremdsprachenunterricht sollen daraus finanziert werden. Für die Förderung behinderter Kinder wollen die Grünen zusätzlich 2,8 Millionen Euro ausgeben.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Global denken, lokal handeln

Die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat die rot-grüne Koalition in Berlin erheblich ins Schleudern gebracht. Der grüne Grundsatz der Gewaltfreiheit wurde hart auf die Probe gestellt.

Dazu ein Gespräch mit Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung:

Frage: Wie bewerten Sie das Abstimmungsergebnis im Bundestag? Haben sich die Grünen von ihrem Grundsatz ›Gewaltfreiheit‹ verabschiedet?

Beck: Meines Erachtens war die Verbindung der Vertrauensfrage mit der außenpolitischen Sachfrage legitim, denn man kann nicht einem Kanzler oder Außenminister das Vertrauen aussprechen und gleichzeitig in fundamentalem Widerspruch zu der von ihnen vorgeschlagenen Politik stehen.

Mit ihrem Abstimmungsverhalten haben sich die Grünen nicht von dem Prinzip der Gewaltfreiheit verabschiedet, denn Gewaltfreiheit zielt auf eine aktive Grundhaltung, erfordert Engagement und ein gesellschaftspolitisches, geistig-kulturelles Konzept. Dieses Konzept schließt den Einsatz von militärischen Maßnahmen nicht aus, so wie selbst Gandhi am Krieg gegen die Buren in Südafrika teilnahm.

Demgegenüber beschreibt der Pazifismus eine radikale persönliche Entscheidung, niemals und in keiner Situation zum Mittel der Gewalt zu greifen.

Bei ihrer Gründung haben die Grünen diese Differenzierung bewusst getroffen: Eine grüne Säule ist die Gewaltfreiheit, nicht aber der Pazifismus.

Frage: In einem Bericht über die Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock heißt es: ›Die Grünen bleiben eine militärkritische Partei mit hoher Friedenskompetenz.‹ Was soll man sich darunter vorstellen?

Beck: Militärische Interventionen können nie Frieden schaffen, sondern allenfalls Voraussetzungen dafür herstellen, dass friedensgestaltende Schritte überhaupt angepackt werden können. Das heißt Versöhnungsarbeit, Herstellung von Gerechtigkeit, Hilfe beim Aufbau demokratischer und ziviler Strukturen, das heißt natürlich auch im wirtschaftlichen Bereich die Chance auf Anschluss an die reiche Welt des Nordens schaffen. Sowohl die internationale Rolle des bündnisgrünen Außenministers in Israel und Palästina, als auch das Engagement des Grünen Tom Königs im Kosovo und die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg sind Belege für die Friedenskompetenz der Grünen.

Frage: Allein in der Bremer Grünen-Fraktion gibt es mindestens drei verschiedene Positionen zur Frage des Militäreinsatzes. Was hat der innerparteiliche Klärungsprozess den Grünen gebracht?

Beck: ›Ein Mann, den Herr K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: ‘Sie haben sich gar nicht verändert.’ ‘Oh!’, sagte Herr K. und erbleichte.‹ (Brecht)

Seit dem Beginn der vier Kriege auf dem Balkan, seit der Auflösung der Bipolarität der Welt, seit dem Wechsel von der allein mahnenden politischen Kraft zur mitgestaltenden Regierungsverantwortung haben sich die Grünen vielen neuen Fragen stellen müssen und neue Antworten gefunden. Wir tun das nicht alle zur gleichen Zeit und in gleicher Weise. Wichtig ist, dass wir – wie bisher – die geistige und politische Auseinandersetzung und Differenz in gegenseitigem Respekt führen können.

Frage: Welche Konsequenzen hat diese von den Medien reichlich ausgeschlachtete interne Debatte für die rot-grüne Koalition? Ist sie noch tragfähig?

Beck: Selbst oder gerade hinter der Frage nach Krieg und Frieden steht die Frage nach Gerechtigkeit und Ökologie.

Es bleibt wahr, dass diese so genannte erste Welt ohne Rücksicht auf den größeren Teil der Erdbevölkerung alle Voraussetzungen dafür schafft, dass Kriege ausbrechen müssen. Global denken und lokal handeln bleibt deshalb auch im 21. Jahrhundert das entscheidende Motto. Auf politischer Ebene müssen wir die Konsequenzen dieses Denkens entlang den Parametern von Ökologie, Freiheit und Gerechtigkeit in entsprechende Strukturen und Gesetze einbringen.
Global denken und in allen Bereichen der Politik handeln – dafür brauchen wir die Grünen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Der schiefe Turm von PISA

Jetzt haben es alle schon immer gewusst: Deutsche Schülerinnen und Schüler lernen in der Schule nichts Vernünftiges. Im internationalen Vergleich in Mathe und Naturwissenschaften Vier minus, im Lesen sogar eine glatte Sechs. PISA* heißt die Studie im Auftrag der OECD, die Schulleistungen 15-jähriger in 32 Industrieländern untersuchte.

Die deutschen Ergebnisse sind nicht nur mäßig bis schlecht, sie sind auch gesellschaftspolitisch alarmierend. Denn in Deutschland bleiben Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsabschluss ohne Chance. Sie erreichen selten ein höheres Niveau und einen höheren Abschluss. Das gilt ganz besonders für Kinder aus Zuwandererfamilien. Dabei gibt Deutschland überdurchschnittlich viel Geld für Bildung aus, insbesondere für Lehrergehälter und Gymnasien.

Jetzt sind alle Bildungsminister betroffen und verweisen auf ihre guten Ansätze. Die Bayern pochten schon immer auf mehr Leistung, die Berliner auf sechs Jahre Grundschule und Bremen auf Ganztagsbetreuung. Das kann und darf nicht davon ablenken, dass endlich die Bildungsreform auf die Tagesordnung der Politik gehört. Es geht künftig nicht mehr nur um Lehrerstellen, sondern vor allem um Qualität.

Wer heute laut nach Sofortmaßnahmen schreit – wie Verbände und vor allem Politiker –, sollte nicht vergessen, was in den letzten Jahren die gleichen Verantwortlichen an Qualitätsabbau geleistet haben. In Bremen zum Beispiel wurde die Extrazuweisung von Lehrerstunden für Ausländerkinder ebenso gestrichen wie die vollen Halbtagschulen in sozialen Brennpunkten. Die waren nämlich zu teuer, weil dort LehrerInnen für die besondere Förderung benachteiligter Kinder eingesetzt wurden. Mehr Qualität in der Bildung ist nicht kostenlos und wird nur gegen Besitzstandswahrer und Sparfanatiker durchgesetzt werden.

Qualität heißt: mehr Einzelförderung, moderner und lebensnaher Unterricht, jüngere Lehrkräfte, die auch pädagogisch gut ausgebildet und fachlich auf der Höhe der Zeit sind, verstärkte und zielgerichtete Lehrerfortbildung. Und vor allem heißt Qualität auch: öffentliche Rechenschaft der Schulen über ihre Programme, Angebote und Leistungen. Wie dann die Verbesserung zu erreichen ist, darüber sollten die Schulen sich mit Eltern und Schülern verständigen. Dann könnten Senat und Schulen richtige einklagbare Verträge abschließen.

Die PISA-Studie zeigt auch, dass deutsche Kinder spät in die Schule kommen und häufiger als andere sitzen bleiben. Und sie zeigt, dass alle Länder mit Spitzenleistungen Ganztagschulen haben und nicht wie bei uns Halbtagschulen. Das alles bestätigt die Forderungen der Grünen: früher in die Grundschule, länger zusammen unterrichten, Ganztagsangebote ausbauen und vor allem mit der sprachlichen und motorischen Förderung im Kindergarten beginnen. Es wird Zeit, dass das Lernen in der Kindheit wieder zum Thema der ganzen Gesellschaft wird und nicht nur verdienstvoller Forscher von PISA.

Übrigens wird im Herbst 2002 das PISA-Ergebnis für die einzelnen Bundesländer vorliegen. Wetten, dass es dann in Bremen noch einmal hoch hergehen wird in der Bildungspolitik?

(* Programme for International Student Assessment)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bremerhaven – Umschlagplatz für Atommüll

Bremerhaven dient seit kurzem wieder als Umschlagplatz für Plutonium-Transporte. Bereits viermal in diesem Jahr wurde der strahlende Abfall aus Schottland verschifft.

Schon 1993 hatte der Senat darüber debattiert, die Bremer Häfen für Atomtransporte zu sperren. Unter dem damaligen Häfensenator Uwe Beckmeyer (SPD) beschloss der Senat jedoch, Bremerhaven als ›Universalhafen‹ zu erhalten. In einem 1996 vom Senat in Auftrag gegebenen Gutachten sind Sicherheitsmängel beim Transport der gefährlichen Fracht dokumentiert, die bisher nicht beseitigt wurden. Dennoch ist Bremerhaven immer noch Umschlagplatz für Transporte radioaktiven Materials. Einen sofortigen Stopp von Atomtransporten über Bremer Häfen fordert die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Karin Mathes: ›Nach den Terroranschlägen in New York sind die Risiken größer geworden. Nicht nur Atomkraftwerke allein, sondern auch Zwischenlager, Wiederaufbereitungsanlagen oder das Nuklearmaterial bei Transporten können Ziele terroristischer Angriffe sein.‹

Die umweltpolitische Sprecherin hält eine Verbesserung der Sicherheitsstandards für unabdingbar. ›Der aktuelle Atommülltourismus ist unverantwortlich. Die Transporte müssen Bestandteil eines Entsorgungskonzeptes sein, das nicht ständig neue Transporte kreuz und quer durch Europa produziert.‹ Insgesamt plädiert Karin Mathes für eine Neubewertung der Risiken der Atomenergie. So hat eine aktuell durch das Bundesumweltministerium veranlasste Sicherheitsprüfung ergeben, dass das Atomkraftwerk Unterweser in Esenshamm zu den zehn deutschen Kraftwerken gehört, die nicht einmal dem Absturz eines größeren Flugzeugs standhalten. Vor diesem Hintergrund fordert Karin Mathes, dieses Atomkraftwerk sofort abzuschalten. ›Im Falle einer teilweisen bzw. völligen Zerstörung dieser Anlage würden das Leben und die Gesundheit der Bremerhavener und Bremer Bevölkerung extrem gefährdet.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Grün-grüne Koalition

In der Bürgerschaft protestierten die grünen Abgeordneten, draußen vor der Tür demonstrierten die grün Uniformierten. Hintergrund: die vom Senat im Handstreich beabsichtigte Abschaffung der Altersteilzeit für Polizisten per Gesetzesänderung. Ergebnis: CDU und SPD knickten ein, die zweite Lesung der geplanten Gesetzesänderung wurde auf Dezember verschoben.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Raus aus dem Käfig

Am Stand der grünen Bürgerschaftsfraktion auf der hafa hatten die VerbraucherInnen Gelegenheit, sich für eine artgerechte Hühnerhaltung zu engagieren.

Elektrosmog-Risiko reduzieren

Auf einem Rundgang informierte sich die umweltpolitische Sprecherin Karin Mathes über die Sorgen der Anwohnerinitiative Buchenstraße/Scharnhorststraße: Neun Sendemasten drängen sich auf dem Bunker, der mitten in einem dicht bebauten Wohngebiet liegt. ›Die Anlagen müssen sofort abgebaut werden‹, fordert die Abgeordnete. ›Sendemasten in der Umgebung von Wohnhäusern, Kindergärten und Schulen sind nicht akzeptabel, da sie die Gesundheit der Bevölkerung gefährden.‹

Bahnfahren auf eigene Gefahr

Die Deutsche Bahn AG beabsichtigt, die Aufgaben des Instandhaltungswerks Sebaldsbrück und die Zahl der Beschäftigten drastisch zu reduzieren. Bei einem Besuch vor Ort informierten sich VertreterInnen der grünen Fraktion über das Konzept des Betriebsrates, das Werk mit möglichst allen Arbeitsplätzen zu erhalten. Die Grünen fordern den Senat auf, alle vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Werk und die Arbeitsplätze zu erhalten.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Freier Zugang zu Informationen

Im Juli legten die Grünen einen Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz vor. Ein Senatsentwurf soll bereits in der Schublade geschlummert haben, blieb jedoch wegen koalitionsinterner Querelen ohne Folgen. Der grüne Vorstoß macht's möglich: Unser Antrag wurde an den Medienausschuss überwiesen, im Frühjahr gibt es dazu ein großes Hearing mit dem Bremer Datenschutzbeauftragten.

mehr Infos: [Anja Stahmann](#)

Gelber Sack, ade!

›Die gesamte Abfallwirtschaft muss auf den Prüfstand gestellt werden‹, fordert die umweltpolitische Sprecherin Karin Mathes in einem Antrag, der im November in der Bürgerschaft debattiert wurde. Als ›ökologischen und ökonomischen Unsinn‹ bezeichnet die grüne Abgeordnete den gelben Sack. Das neue Abfallwirtschaftskonzept 2004 sollte zum Anlass genommen werden, neue, innovative Wege zu beschreiten.

mehr Infos: [Karin Mathes](#)

Irrwitziger Betonklotz

Einen Mammutknastr mit 700 bis 800 Haftplätzen für alle Vollzugsgruppen unter einem Dach plant der Senat gemeinsam mit Niedersachsen. Statt in Sicherheitsanlagen solle lieber in Menschen und alternative Modelle der Haftvermeidung investiert werden, findet der justizpolitische Sprecher Hermann Kuhn. Er fordert eine 50-pro-zentige Aufstockung des entsprechenden Etats und den Stopp des Personalabbaus im Strafvollzug.

mehr Infos: [Hermann Kuhn](#)

Platz verschenkt

Hinter dem Rücken von Parlament, Baudeputation und Beirat haben Wirtschafts- und Finanzsenator die BIG beauftragt, das leer stehende Gebäude des aufgelösten Hafenressorts samt öffentlichem Bredenplatz an private Investoren als Bauplatz zu verschern. Andere Nutzungsmöglichkeiten, z. B. als Verbindung zwischen Markt und Weser, wurden nicht diskutiert. Die Grünen brachten das Thema als Aktuelle Stunde in die Dezember-Bürgerschaft ein.

mehr Infos: [Karin Krusche](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Mehr war nicht drin in Schulen, die nach jahrelangen Kürzungen, Abbau von Lehrerstunden und Vertretungsreserven, mit überalterten Kollegien und Erhöhungen der Klassenfrequenzen kaum mehr als einen geregelten Notbetrieb aufrecht erhalten konnten. Effizienz und Qualität waren statistisch belegbar – Förderbedarfe und Lernstörungen wurden wegdefiniert, Sonderschulen abgeschafft, Betreuung und Aufbewahrung als Unterricht deklariert, Stundenausfälle verniedlicht – fertig war das Bild von mehr Leistung für weniger Geld.

Diese Seifenblase hielt dem Druck einer Überprüfung nicht stand. Doch PISA ist nicht nur eine unverbindliche Wissensolympiade, sondern auch ein Maßstab für die Effizienz des Schulsystems als Vorbereitung auf Gesellschaft, Arbeits- und Berufsleben. Und die Quittung für unser antiquiertes Schulsystem: unzureichendes Grundwissen, mangelnde Integrationsfähigkeit, soziale Ungerechtigkeit. Länder mit integrativen Systemen und gemeinsamer Unterrichtung von SchülerInnen aller Leistungsniveaus bis hin zur 9. Klasse weisen ein höheres Wissensniveau vor und das auch noch unabhängig von sozialem Hintergrund und Privilegien des Elternhauses.

Frank Hoferichter, Elternsprecher Gesamtschule Mitte

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Prävention von Kriminalität

Immer neue Gesetze, immer mehr Ausgaben für die innere Sicherheit: Gibt es dazu nicht auch Alternativen? Die Grünen sind dieser Frage auf einer Veranstaltung mit dem praxisnahen Titel ›Wie macht man eigentlich Prävention?‹ nachgegangen. Als ReferentInnen eingeladen waren der Münchner KriPo-Beamte Dieter Mutz und seine ehemalige Kollegin Birgitta Schmid, heute als Unternehmensberaterin tätig, sowie der Bremer Polizeipräsident Eckhard Mordhorst. Mit zahlreichen Fachleuten im Publikum diskutierten sie Strategien und konkrete Präventionsmaßnahmen.

Die Münchner Polizei fängt zum Beispiel mit ihren Maßnahmen bereits im Kindergarten an, während bei uns in Bremen erst im Jugendbereich angesetzt wird. Umstritten ist auch die Frage ›Was bringen Sport- und Freizeitangebote über den kurzzeitigen Ablenkungseffekt hinaus?‹

Die Abgeordneten für Inneres und Jugend, Matthias Güldner und Anja Stahmann, werden diese und andere Punkte im neuen Jahr durch eine Große Anfrage in die Bürgerschaft einbringen. Sie soll die Weiterentwicklung einer abgestimmten Präventionsstrategie für Bremen voranbringen, damit die Zeiten, in denen Diskussionen über Prävention eher einem Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Polizei und Jugendarbeit glichen, endgültig vorbei sind. Auf der Grünen-Veranstaltung jedenfalls wurde schon klar: Erfolg gibt es nur, wenn alle an einem Strang ziehen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Personalien

Andrea Quick

Hallo! Ich bin Andrea Quick, 34 Jahre jung, und Sorge ab sofort dafür, dass euch das grün:journal und – demnächst – der neue grüne Internetauftritt regelmäßig mit Infos aus der Fraktion versorgen. Meine Vorgängerin Maria Spieker ist seit Oktober Leiterin der VHS im Bremer Süden.

In meiner Freizeit singe ich sehr gern, entweder zuhause mit meinem kleinen Sohn oder im deutsch-französischen Chor.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Urteil

Der Staatsgerichtshof entscheidet über die von den Grünen initiierte Klage von 25 Abgeordneten gegen das Beleihungsgesetz.

15. Januar 2002

PISA. Alte Bekannte und ohne Konsequenzen?

6. Werkstattgespräch Bildungspolitik mit Jochen Schweizer (Senator für Bildung und Wissenschaft) und einem/r VertreterIn des Zentralelternbeirats

Moderation: Dieter Mützelburg, MdBB

16. Januar 2002

19 Uhr

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, 28195 Bremen

Umbruch für die Universität?

Beiträge von J. Timm (Rektor), G. Wefer (Geologie), M. Zürn (Politikwissenschaft), W. Müller (Konrektor für Lehre), M. Nadig (Kulturwissenschaft) und einem/r VertreterIn des Uni-AStA.

Bewertung von Willi Lemke (Senator für Bildung und Wissenschaft) und Jens Eckhoff (Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Begrüßung: Hermann Kuhn, MdBB

30. Januar 2002

15-18 Uhr, Festsaal

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, 28195 Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Dagmar Bleiker, Andreas Fräßdorf, H.-J. Müller-Hanssen, Polak and friends,
Maria Spieker

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)